



**ARE-KURZINFORMATION – Fax/ email-Kette Nr. 186 -vip-**

**Pläntz, den 12.11.2010**

**Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände, liebe Mitstreiter für Freiheit, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, sehr geehrte Damen und Herren,**

seit dem letzten Rundschreiben (Nr. 185 v. 05.11.2010) hat sich nicht zuletzt auch durch unser beherztes und unermüdliches Engagement -z.B. im Oktober die Pressekonferenz und auch die Demonstration am 27.10. vor dem Landtag in Potsdam, durch die die Bodenaffäre wieder einen Platz in den Medien und damit auch im öffentlichen Bewusstsein gefunden hat- bei der brandenburgischen Landesregierung etwas getan. Immerhin: die Landesregierung probt offenbar notgedrungen eine Art Kurswechsel. Somit also zur

**-Bodenaffäre Brandenburg, stellvertretend zur Thematik in allen jungen Ländern.**

In einer für uns erfreulichen Pressemitteilung hat der Finanzminister Markov einige Zielvorgaben benannt, die uns vermuten lassen, dass die Landesregierung nunmehr endlich bereit ist, in Sachen Bodenaffäre etwas zu unternehmen.

Laut der Erklärung Markovs hat das Finanzministerium zur Forcierung der Herstellung rechtmäßiger Zustände, sowie der Ermittlung der Bodeneigentümer beziehungsweise deren Erben und um den Rechercheerfolg zu erhöhen, folgende Maßnahmen veranlasst:

- **Die Verfahren zur Berichtigung der Grundbucheinträge** sollen beschleunigt werden. Hierzu wurde ab der 43. Kalenderwoche 2010 die Zahl der seitens des Landes zu stellenden Grundbuchberichtigungsanträge auf wöchentlich rund 150 bis 170 erhöht. Alle noch ausstehenden rund 4.070 Anträge sollen bis Sommer 2011 gestellt werden.
- **In Werder/ Havel wurde ein Pilotverfahren gestartet**, um zu prüfen, wie erfolgreich es ist, mit Anzeigen in den Amtsblättern der Kommunen nach Eigentümern und Erben von Bodenreformgrundstücken zu suchen. Dies stellte sich als erfolgreich dar und soll nun auch in anderen Kommunen durchgeführt werden.
- Derzeit wird die **Vergabe einer rechtssicheren Beauftragung** zur Eigentümerbeziehungsweise Erbenermittlung geprüft.
- In den **Wochenendausgaben** von „Märkische Allgemeine“, „Märkische Oderzeitung“ und „Lausitzer Rundschau“ wird ein **Aufruf an Eigentümer von Bodenreformgrundstücken beziehungsweise deren Erben veröffentlicht**; dazu erfolgt die Schaltung von vier Hotline-Nummern, einer Fax-Nummer und einer E-Mail-Adresse, bei der sich potenzielle Eigentümer und Erben melden können. Die Veröffentlichung des Aufrufes erfolgt ebenfalls im Bundesanzeiger.

Aufgrund der Tatsache, dass die Sitten- und auch Rechtswidrigkeit der Aneignungen von Grund und Boden im Rahmen der Abwicklung der „Bodenreform“, die von der ARE schon seit vielen Jahren angeprangert wird, spätestens seit dem Urteil des Bundesgerichtshofes im Jahre 2007 auch der Landesregierung bekannt sein dürfte, sind die o.g. Massnahmen natürlich nur als erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung zu werten. Die ARE wird die Vorgänge weiter im Auge behalten und am Ball bleiben. Beachten Sie bitte auch die Berichterstattung in der „Berliner Zeitung“ vom 11. November bei uns im Internet.

**-Spannend: Neue Grundsätze zur Agrarpolitik der EU werden am 17. November öffentlich.**

Die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Europas nach 2013 vorlegen. Nach der öffentlichen Konsultation in der ersten Jahreshälfte lanciert diese Mitteilung nun die inter-institutionelle Debatte über die GAP. Es gilt, die Ziele zu identifizieren und Reformwege aufzuzeigen. Mit den letzten Reformen der GAP -im Jahr 2003 und dem Healthcheck von 2008- hat Europa seine Fähigkeit bewiesen, sich den wandelnden Herausforderungen der Landwirtschaft zu stellen und tragfähige und gemeinschaftliche Antworten zu geben. Hier gilt es anzuknüpfen. Schon Mitte 2011 sollen Rechtssetzungsvorschläge folgen.

Diese Mitteilung trifft in ein spannendes Umfeld: Der Lissabon-Vertrag hat dem Europäischen Parlament ganz neue Mitentscheidungsbefugnisse in der Agrarpolitik gegeben. Die Diskussion um Europa 2020 ist in vollem Gange und die Diskussionen um den entsprechenden EU Haushalt gewinnen an Konturen. Die GAP selbst muss sich der Wirtschaftskrise stellen, dem Klimawandel und dem Druck eines angespannten Haushalts und der subventionsgierigen Agrarlobby, besonders aus Deutschland-Ost und z. T. auch Frankreich.

Am 23. November stellt im Europäischen Haus Berlin, unter den Linden 78 um 9 h 30 u.a. der Kabinettschef des EU-Kommissars Ciolos die EU-Mitteilung vor und zur Diskussion.

**-Flächenerwerbsänderungsgesetz:** Offenbar geht es in dieser wichtigen Novellierung zum EALG Flächenerwerbsprogramm jetzt in die letzte Runde (2. und 3. Lesung im Bundestag).

Wie wir aus dem Haushaltsausschuss des Bundestages erfahren haben, wird voraussichtlich Anfang Dezember noch - auf Antrag der Opposition- eine öffentliche Anhörung stattfinden, zu der als Sprecher des ARE-Zusammenschlusses Graf v. Schwerin gehört werden soll. Sobald wir Näheres und konkrete Daten wissen, teilen wir Ihnen dies mit.

So viel für dieses Mal –und viele Grüße

Ihr ARE-Team

und Manfred Graf v. Schwerin



P.S. Und sehen Sie sich bitte die neuen Nachrichten auf der ARE-Homepage an. Vielleicht können Sie uns ja auch mit einer kleinen Jahresschluss-Spende bei der harten Arbeit unterstützen. Danke!

Eine bemerkenswerte Neuerscheinung, erschienen bei der Hamburger Edition:

**BETTINA GREINER**

**Verdrängter Terror** -Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland-